jetzt ihre Werke entsorgt, es stimmt nicht. Leider sind die Medien in eine Art Affengeilheit verfallen, sich besonders dieser Leute zu bedienen, von Leuten befragt, die keinerlei Kenntnis haben, welche Fragen sie zu stellen haben, und es wird niemand eingeladen, der eine entsprechende Gegenposition auf vernünftiger und Erfahrungsbasis einbringt. Und so kann es dann geschehen, daß das Überkommene aus der DDR, was die Kunst, die bildende Kunst betrifft, weiterhin hier herumgeistert. Das betrifft natürlich auch westdeutsche Galeristen, die damit ihre Geschäfte gemacht haben. Die haben natürlich eine Menge der Herren eingekauft, das sind jetzt Bleikammern geworden, und nun warten sie auf die Zuwächse. Und wenn ich mir hier in Leipzig jetzt ansehe, was in einer Ausstellung abläuft, da ist es so, als wenn die Wende nie stattgefunden hätte. Die verfolgten, ausgegrenzten Künstler sind gar nicht vorhanden. Also frage ich mich, was da abläuft.

Jetzt will ich noch etwas auf Fragen der Dokumente und dergleichen, die das belegen, und vor allen Dingen auf die drohende Gefährdung von öffentlichen und privaten Archiven eingehen. Ich habe die Möglichkeit, ein Archiv zu übernehmen von einem Professor Dr. Max Kober, der gestorben ist. Dieses Archiv steht zur Forschung zur Verfügung. Es kostet Geld, es muß transportiert werden, es muß gesichert werden, dazu braucht man Geld. Und die ganze Forschung, die abläuft, kann nicht in neben-, in ehrenamtlicher Arbeit getätigt werden, dazu brauchen wir vertrauenswürdige Historiker, Kunstgeschichtler – also das ist eine Problematik, die man nicht so nebenbei am Nachmittag machen kann, dann wird daraus nichts. Also, das bitte ich zu bedenken, daß das ein langwieriger Prozeß sein wird, der aber, wenn er nicht bald angegangen wird, versanden wird, weil die Archive verschwunden sind und gesäubert werden. Wir sind natürlich auf Spenden angewiesen und arbeiten auf gemeinnütziger Basis.

Zum Schluß will ich noch folgendes sagen: Ohne oberflächlichen Pauschalurteilen über die Rolle der Kunst und der Kunstwissenschaft in der ehemaligen DDR Vorschub zu leisten, aber auch in klarer Absage an die um sich greifende nostalgische Verklärung der DDR- Realität wollen wir alle sachlich-kritischen Bestrebungen, die wirklichen Leistungen herauszustellen und die Kunstvorgänge in der DDR zu erhellen, unterstützen und bekanntmachen sowie auch selber mit Hilfe von geeigneten Aufträgen und Projekten die Forschung vorantreiben, Ausstellungen veranstalten, Periodika herstellen, die dann der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu Verfügung gestellt werden. Ein erstes Ausstellungsprojekt soll der Zeit von 1945 bis 1953 gelten. Diesem Kunstverein oder diesem Verein für Dokumentation gehört eine gute Melange von Ost-West-Leuten an, die sich in diesem Metier einigermaßen auskennen.

Neues Forum, Frau Jeske: Ich komme vom Neuen Forum, Fachforum Wirtschaft. Wir bündeln die Vorwürfe im Prozeß der Umwandlung der volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften, seitdem dieser Prozeß ansteht, und

haben also diese Seilschaftsvorwürfe aufgegriffen und uns mit Problemen der Kaderarbeit in der DDR befaßt. Im Ergebnis dieser Seilschaftsvorwürfe, die wir also nicht nur registriert, sondern wirklich gebündelt und versucht haben, an die verantwortlichen Stellen weiter zu transportieren in die Treuhandanstalt, haben wir uns mit der Treuhand sehr intensiv auseinandergesetzt und mußten feststellen, daß sich fast die gesamte DDR-Nomenklatura unter dem Dach der Treuhand niedergelassen hat. Als wir mit diesem Problem konkret in die Treuhand gegangen sind, wurde uns erklärt, das seien loyale Mitarbeiter, alle seien wunderbar, hätten großes Fachwissen, seien in keiner Weise in die Machtstrukturen eingebunden gewesen, also alle diese Dinge haben wir da offiziell von der Präsidentin zur Kenntnis nehmen müssen. Wir waren mit diesen Dingen natürlich nicht einverstanden. Wir sind in den Bundestag gegangen. Wir haben unsere Gruppe Bündnis 90/Die Grünen mit einer Anfrage, Kleinen Anfrage, an die Bundesregierung ins Rennen geschickt. Die Antworten waren so, daß man sagen kann, man kann halt auf diese Leute nicht verzichten. Es sind halt Staatssekretäre, stellvertretende Minister, ja was war denn das schon, das ist ja alles nicht so schlimm. Und diese Diskussion, die ist eigentlich das, was dazu beiträgt, daß die Leute resignieren. Es kann nicht sein, daß ein Stasi-Mitarbeiter nicht mehr berechtigt sein kann, Briefe auszutragen oder den Besen zu führen oder die Straßenbahn zu fahren, und die hochrangigen Leute, die im Rahmen der Nomenklatura voll verantwortlich sind für die marode Wirtschaft, für die Probleme, für die Kaderpolitik, für die Auswahlverfahren, für die Berufsverbote, für all diese Dinge, die sie ja getragen haben, wofür sie standen, daß diese Leute weiterhin in den Schlüsselpositionen und an den Schalthebeln sitzen.

Dasselbe Problem mußten wir feststellen in den Arbeitsämtern. Es war so, daß die Betriebsdirektoren, die Genossen, die Parteilosen in der ersten Phase aus den Betrieben herausdrückten, denn das waren ja unbequeme Leute, die aufmüpfig waren. Und diese kommen zu den Arbeitsämtern, und sie sitzen den gleichen Leuten, bloß in anderer Gestalt, wieder gegenüber. Das waren Dinge, die wir bündeln und rübertragen wollten. Aber diese Verständnislosigkeit scheinbar auch im Bundestag oder in den Gremien, in der Bundesregierung, ich weiß nicht wo, daß man sich diesen Fragen gar nicht stellen will, kann oder möchte, das ist eigentlich das, was die Leute frustriert. Die Würdenträger von gestern sitzen heute noch in den gleichen Ämtern, in den Kaderleitungen, auch wenn die jetzt Personalabteilungen heißen, es sind die gleichen Leute. Die machen weiterhin ihre gleiche Personalpolitik und sie heben jetzt ihre Genossen, die zweite Generation wird schon wieder in die Betriebe gehievt. So kann es doch nicht sein und das ist eigentlich das, wo mein Anliegen ist, daß das auch hier rüberkommt.

Diese Stasi-Diskussion ist so vordergründig, die ist auch falsch, und wer sich die Halle-Liste und die Funktionen der Leute jetzt einmal konkret angeguckt

hat: Es waren die Betriebsdirektoren, es waren die Produktionsdirektoren, die neben ihrer offiziellen Einbindung noch einmal inoffiziell in dieses System eingebunden waren. Und das verstehen wir eigentlich nicht, denn die wurden ja über Sicherheitsüberprüfungen, wer ist wer, auf ihren Standpunkt zum Staate und ihre Loyalität wurde ständig überprüft. Warum mußten die dann noch inoffiziell mitarbeiten? Das sind Fragen, die richte ich jetzt einmal ganz konkret an Herrn Keller, daß er sich doch einmal dazu äußert.

Wir finden leider von den ehemaligen Genossen, die Verantwortung getragen haben, nicht die Bereitschaft, sich diesen Dingen zu stellen und darauf hin Auskunft zu geben. Es wird immer abgewiegelt, und das sind Dinge, die vielleicht auch in diesem Rahmen einmal abgeklärt werden müßten und die auch, sagen wir mal, zu einem Stück Vertrauen in eine Demokratie beitragen. Und dieses Resignieren ist ja eigentlich auch darauf zurückzuführen: Man hatte gehofft, jetzt haben wir auch einmal andere Aspekte, aber jetzt wird weiterhin diese Klüngelei betrieben, die wirkt halt weiter. Diese Liste, die wir übergeben haben, eine namentliche Liste mit den Funktionen, die sie innegehabt haben in der Nomenklatura, wurde scheinbar nicht zur Kenntnis genommen, denn diese Leute sitzen weiterhin auf ihren Plätzen. Daß inzwischen der eine oder andere aus der Treuhandfunktion z. B. rausgefallen ist, ist anderen Dingen geschuldet, daß man nämlich jetzt langsam anfängt, eine Überprüfung bei der Gauck-Behörde durchzuführen und da halt doch auch Rückäußerungen kommen, daß der eine oder andere etwas belastet ist und deshalb gehen muß. Aber im Prinzip, und dies ist das generelle Problem, wird an solcher wichtigen Schaltstelle, wo praktisch alle DDR-Bürger, die irgendetwas mit Wirtschaft zu tun hatten, jeder Betrieb und alles erfaßt ist, und da wird überhaupt nicht geguckt, ob der eine Verpflichtungserklärung abgegeben hat oder nicht. Es ist nicht flächendeckend abgeprüft, ob diese Leute auch eine Dichte zur Staatssicherheit haben neben ihrer Einbindung in die gesamte Machtstruktur, und das ist eigentlich unverständlich. Schließlich ist es ja auch eine Anstalt des öffentlichen Rechts, bundesnah, eigentlich müßten da die gleichen Kriterien wie im öffentlichen Dienst gelten. Aber anscheinend gilt das alles nicht, und darum wollen wir uns einmischen. Das sind unsere Beweggründe, immer wieder aus diesen Erkenntnissen irgendwelche Leute im Bundestag anzusprechen. Bloß leider ist es so, daß man oft anspricht und es keine Rückreaktion gibt, also man hört nichts davon, das ist abgelegt, das kommt nicht an, so daß eigentlich alle resignieren.

Ziel dieser Enquete Kommission sollte es sein, doch gewisse Kriterien zu schaffen oder zu erarbeiten, wo man sagt, so in etwa sollte man mit diesen Leuten umgehen, die hoch eingebunden waren, die sollten sich jetzt einmal ein bißchen zurückhalten und nicht schon wieder über Schicksale von Menschen entscheiden. Man sollte doch einmal überlegen, daß man da gewisse Kriterien festlegt. Das war eigentlich mein Anliegen.